

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark.
Postbezugpreis für Monat Mai 2,50 Goldmark. Einzelnnummer 10 Goldpfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklameweile 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., Übersetzung 10 Pfg., Zusat. Aufsätze gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsbüro:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dresden-A. Dresdner Privat-Bank, Aktiengesellschaft Zweigniederlassung **Heidenau, Königstraße 30b**

Gegr. 1908 als Genossenschaft
Rentenmark-Konten
Fernsprecher: 805, 407, 487

Grüner, Ecke Zirkusstraße 21
Fernsprecher: 24811 (Sammelnummer)
Telegr.-Adr.: Pribank

Besserung der Finanzlage des Reiches. Erhöhung der Beamten- und Rentnerbezüge zum 1. Juli? Neue Einigungsversuche zwischen Zechenverband und Ruhrbergarbeitern.

Reichlicher und stetiger Eingang der Steuern

Berlin, 13. Mai. Im Reichsfinanzministerium befaßt man sich zurzeit mit einer Nachprüfung der Finanzlage des Reiches, die möglicherweise auch Erleichterungen in Form von Erhöhungen der Beamtenbezüge, sowie Erhöhungen der Bezüge der Rentner, Kriegshinterbliebenen usw. zeitigen wird. Der Reichsstatistiker im ersten Vierteljahr des Jahres 1924 Gleichgewicht auf, das vor allem darin seinen Grund hat, daß die laufenden Steuereinnahmen reichlich und stetig geblieben sind und wieder die feste Grundlage für die Finanzgebarung des Reiches gegeben haben. Die besten Quellen für die Reichseinnahmen bilden Einkommen- und Umsatzsteuer, obwohl die Umsatzsteuer in der letzten Zeit etwas spärlicher geblieben ist, was seine Ursache wohl in der allgemeinen Wirtschaftslage hat. Eine weniger ergiebige Quelle ist schon die Vermögensteuer, die namentlich aus landwirtschaftlichen Betrieben nicht aufzubringen ist, und gerade hier zur brutalen Ungerechtigkeit geworden ist. Man verliert sich im Reichsfinanzministerium auch nicht der Erkenntnis, daß für die Landwirtschaft diese Steuer einfach untragbar ist. Ob man daraus aber die nötigen Konsequenzen schon in Kürze ziehen wird, steht noch dahin. Die Steigerung der Reichseinnahmen dürfte es aber immerhin ermöglichen, daß schon in nicht allzu langer Zeit — wie es heißt, am 1. Juli — eine Erhöhung der Beamtenbezüge, der Unterstützungssummen für Kriegshinterbliebenen, Rentner usw. eintreten kann. Die Verhandlungen darüber sollen in den nächsten Tagen im Reichsfinanzministerium beginnen. Möglicherweise können dem am 27. Mai zusammentretenden Reichstag bereits nähere Mitteilungen darüber gemacht werden.

Erwerbslosenunterstützung an abgebaute Beamte.

Berlin, 12. Mai. Die Beamtenpensionsorganisationen haben dem Reichsarbeitsminister einen Antrag zugestellt, auch Erwerbslosenunterstützung an Beamte, die ohne Wartelohn oder Ruhegeld aus dem Reichsdienst entlassen worden sind, zu zahlen und die nötigen Bestimmungen zu beschließen, wonach nur denjenigen Unterstützung gewährt wird, welche in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt ihrer Unterstützungsbedürftigkeit mindestens drei Monate lang eine Beschäftigung ausübt haben, oder die gegen Krankheit pflichtverpflichtet waren.

Wer wird regieren?

Das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen ist trotz der unverkennbar starken Bewegung nach rechts weniger klar und weniger verheißungsvoll, als das der französischen Kammerwahlen. In Frankreich darf es bereits heute als feste Tatsache angesehen werden, daß die Parteien, die der bisherigen französischen Politik den Stempel aufdrückten, eine schwere Niederlage erlitten haben, während ihre parlamentarischen Gegner einen derartigen Stimmengewinn, eine derartige Vermehrung ihrer Kammermandate davontragen, daß große Koalitionskämpfe für die Schaffung einer breiten und starken Regierungsbasis kaum noch denkbar werden. Bei uns liegen die Dinge bedauerlicherweise anders. Knapp vierzehn Tage vor dem Antritt der neuen Volksvertretung läßt sich noch mit einiger Bestimmtheit angeben, wer nun eigentlich die politische Führung unter den Parteien übernehmen soll und wie eine tragfähige Grundlage für eine Regierung gefunden werden kann. Es ist zwar der Sozialdemokratie in der Wahlkraft eine verblüffende Schluppe beigebracht worden, deren Umfang das Risiko der französischen Rechtsparteien noch übertrifft und die es erfreulicherweise mit sich bringt, daß diese Partei nicht mehr mit der nachrevolutionären Selbstverhöhnlichkeit Nichtung abtrotzen aufzutreten kann. Trotzdem wäre nichts irrtümlicher als die Annahme, daß die bürgerlichen Massen und ihre Beauftragten nunmehr gewissermaßen über den Berg wären und freies Feld für gemeinsame Arbeit vor sich sehen könnten. Das würde der Fall sein, wenn alle, die auf dem Boden bürgerlicher Weltanschauung stehen, von dieser Grundanschauung so tief durchdrungen wären, daß sie nur ihre bindende Kraft empfänden, die alle anderen trennenden Momente als nebensächlich und überwindbar erachten lassen müßte. Jenes an Verantwortungsbewußtsein berubende Gemeinheitsgefühl, das bis zum Wahlsieg der Arbeiterpartei in England Konervative und Liberale verband und das sich wieder geltend machen wird, wenn MacDonald abgewirksam ist, das müßten wir auch haben. Aber wir haben es leider nicht und es wäre feige, diesen betrüblichen Mangel verheimlichen zu wollen.

Es gibt bei uns bürgerliche Parteien, denen es trotz des unüberbrückbaren Weltanschauungsunterschieds leichter fällt, mit den Marxisten ein Bündnis einzugehen, als den Anstich an eine innerhalb des bürgerlichen Lagers nicht direkt benachbarte Gruppe zu suchen. Gewiß ein Zeichen dafür, daß es selbst ganzen Parteien bei uns noch an politischer und philosophischer Erziehung gebricht, die sich, wie bestimmt angenommen werden darf, im Laufe einer längeren Entwicklung noch einstellen wird, aber andererseits auch ein Zeichen für die anaenstliche Unmännlichkeit des bitteren Zwanges, auch nach dieser Reichstagswahl mit ihrem erhebenden Erfolg der Rechten wieder auf die Suche nach Koalitionen gehen zu müssen.

Unter den das halbe Dutzend überlebenden Möglichkeiten die sich nach beendeter Stimmenauszählung und Verteilung der Reichstimmten nunmehr wirklich übersehen lassen, schaltet die Stellung einer Regierung durch die Linke (Sozialisten und Kommunisten), durch die sogenannte kleine Koalition (Sozialisten, Demokraten, Zentrum) oder durch die kleine bürgerliche Mitte (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei) wegen der zahlenmäßigen Unterlegenheit dieser Kombinationen, die es in diesem Reichstag von 471 Abgeordneten jeweils nur auf 102, 103, 137 Mandate bringen würden, vollkommen aus. Außerlich gangbar wäre der Weg der Großen Koalition, die es in diesem Reichstag nach der amtlichen Bekanntgabe vom 9. Mai, auf die sich diese Berechnungen stützen, auf 254 Sitze bringen würde. Allerdings muß hier, wie bei jeder anderen Gruppierung, auf die Erreichung der für verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit verzichtet werden. Die Zweidrittelmehrheit könnte in diesem Reichstag im Rahmen einer bürgerlichen Koalition — die Utopie von Dillferding bis Herat wollen wir unerörtert lassen — nur unter Zusammenfassung sämtlicher bürgerlicher Fraktionen und auch dann nur sehr knapp zustandegebracht werden. Daran ist wegen der erwähnten, selbst sozialistenfreundlichen Strömungen am Rande des Bürgertums nicht zu denken. Die Große Koalition aber ist, wie gesagt, ein nur äußerlich gangbarer Weg. Innerlich würde ihre Wiederherführung dem Sinn der Reichstagswahlen widersprechen. Denn die Wählermassen haben nicht deshalb der Sozialdemokratie eine so schwere Abgabe zuteil werden lassen, damit diese abermals als zahlenmäßig härteste Fraktion innerhalb der genannten Koalitionsgemeinschaft die Führung übernimmt und den bestimmenden Einfluß ausübt, sondern aus dem entgegengelegten Beizwecken, die unheilvolle Parteilichkeit der sozial-

Weilerer Frankenskurz.

Bejürchtungen der anglo-amerikanischen Großbanken.
London, 13. Mai. Der überraschende weitere Kurs des Frankens wird in den Londoner Finanzkreisen darauf zurückgeführt, daß die englischen und amerikanischen Großbanken befürchten, eine neue französische Regierung, in der die Sozialisten vertreten sind, würde nicht mit der nötigen Energie die Ersparnismaßnahmen durchführen können, die erforderlich sind, um das französische Budget in Ordnung zu bringen. Die „Times“ warnen die englische öffentliche Meinung.

Paris, 13. Mai. Nach dem „Temps“ hat der heutige Ministerrat den Finanzminister Marol beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, um etwaigen Wandern in bezug auf einen Frankenkurs vorzubeugen.

Der Existenzkampf des Kabinetts Marx.

Wie sich die Reichsregierung zu halten gedenkt.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 13. Mai. Aus dem Ausfall der französischen Kammerwahlen haben gewisse politische Kreise, die nicht ohne Einfluß auf die Reichsregierung sind, die Folgerung gezogen, daß sie mit einer Fortführung der Politik des nachgeborenen Deutschlands Lage verbessern können. Sie wollen daher auf jeden Fall das bisherige Kabinett Stresemann — Marx am Leben erhalten. Nachdem ihr Plan der Bildung einer „Fraktion der Mitte“ auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die schwer zu überwinden sind, wollen sie, sollte dieser erste Plan sich tatsächlich nicht verwirklichen lassen, das Kabinett Marx auf die Weise am Leben erhalten, daß es nicht mit Beginn der Plenarsitzungen des Reichstags zurücktritt, sondern mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag tritt und ein Vertrauensvotum fordern soll.

Man rechnet damit, daß die sozialdemokratische Fraktion sich für ein allgemeines Vertrauensvotum erklären oder zum mindesten ein von den Deutschnationalen einvernehmliches Vertrauensvotum ablehnen würde. Auf dieser Basis sollte dann das Kabinett Marx vielleicht mit einigen Veränderungen weiter regieren und zwar gerichtet auf die Stimmen der Sozialdemokratie. Natürlich hängt eine solche Politik vom Wohlwollen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ab, das man aber zu gewinnen hofft, obwohl durch die Haltung der früheren sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Kabinett Marx zur Aufzählung der Reichstages gewinnen würde. Daß man tatsächlich eine solche

Möglichkeit des ganz unzweideutigen Wahlergebnisses vorhat, zeigt in der Plan der Bildung einer „Fraktion der Mitte“, der aus dem Beizwecken geboren ist, die Deutschnationalen von der Exekution der Regierungsmacht fernzuhalten. Es ist aber selbstverständlich, daß die Deutschnationalen als Abwehr gegen ein solches Vorhaben eine Opposition mit allen Mitteln freisetzen würden, bei der sie naturgemäß die Unterstützung der Arbeiterpartei und möglicherweise auch die der Kommunisten, die sich allerdings aus ganz anderen Gründen herleiten würde, finden würden.

Die deutschnationale Opposition würde, wenn sie gezwungen wäre, jede Gelegenheit benutzen, um den Sturz des Kabinetts Marx herbeizuführen und sich dabei auch nicht durch Vorwände antipolitischer Natur irremachen lassen.

Das große Kalen über „die Fraktion der Mitte“.

Berlin, 13. Mai. Von einer Zustimmung der Fraktionen zur Bildung einer Fraktion der Mitte im neuen Reichstag kann, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, noch nicht gesprochen werden. Die Fraktionen hätten sich ja überhaupt noch nicht neu gebildet. In manchen Kreisen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und auch der Bayerischen Volkspartei glaubt man nicht, daß diese Parteien eine einheitliche Fraktion bilden könnten. Die sogenannte

bürgerliche Arbeitsgemeinschaft des alten Reichstages sei nur von Fall zu Fall in einigen politischen Fragen wirksam geworden. (N. T. B.)

Die Gegenmaßnahmen der Rechtsgruppen.

Berlin, 13. Mai. Zu dem angeblichen Plane der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte bemerkt die „Zeit“, daß ein solcher Plan niemals bestanden und niemand daran gedacht habe, eine solche Verschmelzung herbeizuführen. Es hätten lediglich Erörterungen in der Richtung stattgefunden, ob die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien nicht in den Beziehungen der Fraktionen zu einander stärker zum Ausdruck gebracht werden sollte. Auch der Sozialangelegenheiten“ heißt der Nachricht über die Bildung einer Fraktion der Mitte sehr skeptisch gegenüber, erklärt aber, daß, falls eine solche Fraktion gebildet werden sollte, dies sofort zu einem Zusammenbruch der Rechtsgruppen des Reichstages führen würde. Die „Germania“ sagt, ein solcher Plan sei der Ausdruck des Verantwortungsbewußtseins seiner Väter und deshalb nicht von der Hand zu weisen.

Nationalsozialistische Freiheitspartei.

Zusammenschluß der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten.
Berlin, 13. Mai. Wie das „N. T.“ mitteilt, werden die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschnationalen Freiheitspartei im Reichstag eine absolute einheitliche Fraktion unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei bilden. Nach einer ausführlichen Besprechung, die dieser Tage Herr von Graefe im Auftrag der engeren Führerschaft der Deutschnationalen Freiheitspartei mit der Führerschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in München mit General Ludendorff und Adolf Hitler selbst gehabt hat, soll sich die Fraktion nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich bei ihrer parlamentarischen Arbeit als durchaus einheitliches Gebilde fühlen, also ohne irgendwelche Sondergruppenbildung in Nationalsozialisten, Arbeiterparteilern oder dergleichen.

Forderungen der vaterländischen Verbände.

Berlin, 13. Mai. Das erweiterte Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands fordert diejenigen Parteien, die den Wahlkampf unter schwarz-weiß-roter Fahne geführt haben, auf, unverzüglich im Reichstag eine schwarz-weiß-rote Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke der Errichtung einer nationalen Regierung im Reich und in Preußen zu bilden und angesichts der antipolitischen Lage und der kommunistischen Revolutionsvorbereitungen jetzt alle Meinungsverschiedenheiten zurückzulassen. Das erweiterte Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände fordert ferner von jeder Reichsregierung, daß sie das sogenannte Schwerkriegsministerium in seiner heutigen Form unter keinen Umständen aufzulösen